



Die Geschichte des Bayerischen Landeskriminalamtes

Die Nachkriegszeit

Als Kind der unmittelbaren Nachkriegszeit erblickte das Bayerische Landeskriminalamt (LKA) am 11. Mai 1946 das Licht der Welt. Die Städte lagen in Trümmern, die US-Militärregierung prägte die Polizeiorganisation und das frisch eingerichtete Bayerische Staatsministerium des Innern umriss in „Verordnung Nr. 59“ die Aufgaben der Behörde, die zunächst „Landeserkennungsamt“ hieß: „Aufgabe des Landeserkennungsamtes Bayern ist es, den örtlichen Polizeibehörden in der Bekämpfung des Verbrechertums Hilfe zu leisten und sie durch die Einrichtung des Kriminalnachrichtendienstes, des Kriminaltechnischen Laboratoriums und des Kriminalwissenschaftlichen Instituts zu unterstützen,“ lautete der Auftrag.

In der Folge kam es zu zwei nicht gerade griffigen Umbenennungen (1946: Zentralamt für Kriminalidentifizierung, Polizeistatistik und Polizeinachrichtenwesen im Bayerischen Staatsministerium des Innern und 1949: Zentralamt für Kriminalidentifizierung und Polizeistatistik des Landes Bayern), ehe im November 1952 der heutige Name „Bayerisches Landeskriminalamt“ gefunden war.

Mit der neuen Bezeichnung kamen erstmals Exekutivaufgaben auf die Behörde zu, der „die polizeiliche Verfolgung des ungesetzlichen Rauschgifthandels, der Münzverbrechen und –vergehen, des Mädchenhandels sowie der Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz“ zugewiesen wurde.

Außerdem konnte die neu geschaffene Ermittlungsabteilung im Einzelfall tätig werden,

1. wenn das Landeskriminalamt (LKA) von einer Polizeidienststelle des Staates oder der Gemeinden, einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft um polizeiliche Verfolgung eines Verbrechens oder Vergehens ersucht wurde, das nach Auffassung der ersuchenden Stelle wegen der räumlichen Ausdehnung, der durch die Straftat herbeigeführten Bedrohung oder Schädigung der Bevölkerung oder wegen der besonderen Umstände der Begehung von den örtlichen Polizeidienststellen nicht wirksam bearbeitet werden konnte,
2. wenn das Staatsministerium des Innern es aus schwer wiegenden Gründen anordnete.

Die neuen Zuständigkeiten brachten mit sich, dass Ermittlungsdienststellen des Präsidiums der Landpolizei 1953 ins Landeskriminalamt eingegliedert wurden. Die Sachgebiete hatten von nun an in einer ganzen Reihe unterschiedlicher Straftaten Nachforschungen zu führen, meist auf Wunsch einer der damals bestehenden Gemeindepolizeien, der Justiz oder des Innenministeriums. Die Skala der Fälle reichte von Mord und Totschlag über Brandstiftungen und Sexualstraftaten bis Einbruch, Raub, Wirtschafts- und Amtsdelikten sowie Glücksspiel und Staatsschutz.

Die Polizeiorganisation sah in den 50-er Jahren so aus, dass Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern selbstständige Polizeidienststellen errichten konnten. Orte mit weniger Einwohnern und ausmärkische Gebiete fielen in die Zuständigkeit der



staatlichen Landpolizei. Den Dienst an der Landes- und Zonengrenze übernahm die Bayerische Grenzpolizei. Sowohl bei den Gemeindepolizeien als auch bei der Land- und Grenzpolizei waren Kriminalabteilungen eingerichtet worden, die sich in Personal und Ausstattung durchaus unterschieden.

Die 60-er und 70-er Jahre

In jenen Jahren verfügte das LKA über eine fest eingerichtete Mordkommission. Der Fachbuchautor Jürgen Thorwald beklagte in seinem Werk „Die Stunde der Detektive“ (1966) die Zersplitterung der bayerischen Sicherheitskräfte in zahlreiche Ortspolizeien. Dem LKA attestierte er jedoch, dass es in seinem „Sachgebiet 1“ „über hervorragende Spezialisten auf dem Gebiet der Morduntersuchung“ verfügte. Die ursprünglich 150 Gemeindepolizeien schrumpften mehr und mehr und 1968 bestanden nur noch in 33 bayerischen Kommunen blau uniformierte Stadtpolizeien.



LKA-Sitz in der unmittelbaren Nachkriegszeit:
Palais Dürckheim, Türkenstraße 4.

1968 war nicht nur das Jahr der Protestbewegungen. Für die damals 487 LKA-Bediensteten bedeutete es, dass mit dem Gebäudekomplex an der Maillingerstraße im Stadtteil Neuhausen ein Neubau bezogen werden konnte, unter dessen Dach die bisher auf mehrere Häuser im Münchner Stadtgebiet verteilten Sparten des Amtes zusammenfanden. So waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Kriminaltechnik seit der unmittelbaren Nachkriegszeit in den Räumen des Palais Dürckheim – der ehemaligen Preußischen Gesandtschaft – an der Türkenstraße 4 untergebracht.

Die Maillingerstraße trägt ihren Namen nach dem Königlich Bayerischen Kriegsminister Joseph von Maillinger (1820 – 1901). Der Komponist Carl Orff verbrachte in dieser Straße einen Teil seines Lebens.



In der zweiten Hälfte der 60-er Jahre zog das Computer-Zeitalter herauf: „Als Mitglied der von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter mit dem Bundeskriminalamt eingesetzten Unterkommission ‚Elektronik‘ hat das Bayer. Landeskriminalamt tatkräftig an den Vorbereitungen für den Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen im Bereich der Kriminalpolizei mitgewirkt. Das Sachgebiet ‚Maschinelle Datenverarbeitung (Elektronik)‘ hat einen Vorschlag für die Verwendung maschineller Datenverarbeitungsanlagen auf dem Gebiet der Sachfahndung – Allgemeine Sachfahndung, Kfz- und Fahrradfahndung – ausgearbeitet und allen interessierten Polizeidienststellen übermittelt,“ hieß es im LKA-Tätigkeitsbericht bereits 1966.

In den 70-er Jahren waren es politisch motivierte Gewalttaten, die ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerieten. Flugzeugentführungen, Sprengstoff- und Brandanschläge, Geiselnahmen und Entführungen forderten allenthalben die Sicherheitskräfte. Die Abteilung „Polizeilicher Staatsschutz“ hatte eine Vielzahl von Herausforderungen zu bestehen, unter anderem durch die Nachforschungen zu einem Autobomben-Anschlag auf das eigene Amt.



Am 12. Mai 1972 erschütterte die Explosion einer Autobombe das Amtsareal.

Nur glücklichsten Umständen war es zu danken, dass das der „Roten Armee Fraktion“ nachgewiesene Attentat vom 12. Mai 1972 mit drei Leichtverletzten relativ glimpflich abging. Die Explosion war so gewaltig, dass auf dem LKA-Parkplatz 60 Personenwagen beschädigt wurden und Wrackteile durch die Luft schleuderten. Auch in der weiteren Umgebung gingen noch Fensterscheiben zu Bruch.

Den Höhepunkt des Jahres stellten 1972 die Olympischen Spiele in München dar. Die „heiteren Spiele“ - so das von den Veranstaltern gewählte Motto - wurden von einem Terroranschlag überschattet. Ein achtköpfiges Kommando der zur palästinensischen Al Fatah zählenden Gruppe „Schwarzer September“ überfiel am 5. September die Unterkunft der israelischen Mannschaft im Olympischen Dorf. Die



Täter erklärten die Athleten zu Geiseln und forderten die Freilassung von 200 in Israel inhaftierten Arabern. Bereits zu Beginn des Überfalls am frühen Morgen hatten die Terroristen den Trainer der Ringer-Equipe, Moshe Weinberg (33), erschossen. Am Abend verlagerte sich das Geschehen auf den Militärflugplatz Fürstenfeldbruck, wo der Befreiungsversuch der Bayerischen Polizei tragisch scheiterte. Zehn Geiseln, der Münchner Polizeiobermeister Anton Fliegerbauer und fünf Terroristen kamen ums Leben. Drei Täter wurden gefasst aber wenige Wochen später im Zuge einer Flugzeugentführung freigesetzt. Als Konsequenz aus dem Geschehen entstanden Spezialeinheiten der Polizei zur Bekämpfung derart schwerer Formen der Gewaltkriminalität auf Bundes- und Landesebene. Unter der eher harmlosen Sachgebiets-Bezeichnung „Anwendungstechnik“ wurde im LKA eine Gruppe von Naturwissenschaftlern, Diplom-Ingenieuren und Kriminalbeamten zusammengefasst, deren Hauptaufgabe in der Entschärfung so genannter „unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen (uSBV)“ bestand. Später entwickelte sich daraus die „Technische Sondergruppe der Bayerischen Polizei (TSG)“.

Die grün uniformierte Landpolizei hieß von 1972 an Landespolizei. Mit Eingliederung der Stadtpolizei München (der mit rund 6.000 Bediensteten größten Gemeindepolizei) konnte 1975 die Verstaatlichung der Bayerischen Polizei abgeschlossen werden. Als örtliche Dienststellen wurden Polizeiinspektionen, -direktionen und -präsidien eingerichtet, landesweit wirkten die Präsidien der Bereitschafts- und Grenzpolizei sowie Polizeiverwaltungs- und Landeskriminalamt. Die Ausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes für die so genannte „Kommissarlaufbahn“ fand von 1974 an am „Fachbereich Polizei“ der neu geschaffenen Bayerischen Beamtenfachhochschule statt.

Die Entführung des 25-jährigen Studenten Richard Oetker nahm am 14. Dezember 1976 in Freising-Weihenstephan ihren Ausgang. Ein zunächst unbekannter Kidnapper hatte den jungen Mann mit Waffengewalt überrumpelt und verschleppt, in eine Holzkiste gezwungen und die Familie des Opfers zur Zahlung von 21 Millionen Mark erpresst. Während des 47 Stunden langen beengten Sitzens in dem Behältnis hatte Richard Oetker durch einen massiven Stromstoß lebensgefährliche Verletzungen erlitten, ehe er im Kreuzlinger Forst an der westlichen Stadtgrenze Münchens ausgesetzt worden war. Der Sonderkommission des LKA gelang es im Januar 1979, den damals 37-jährigen Betriebswirt Dieter Zlof als Täter zu ermitteln. Das Landgericht München II verurteilte den beharrlich leugnenden Entführer zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren. Nach Verbüßung der Strafe wandte der Verurteilte seine ganze Energie auf, um sich um das Lösegeld zu kümmern. So verbrannte er Banknoten im Wert von etwa 6.500.000 Mark, die in einem Erdversteck von Bakterien und Insekten angefressen und damit unbrauchbar geworden waren. Rund 12.400.000 Mark konnten Beamte der „Flying-Squad“-Einheit von Scotland Yard sicherstellen, als der Entführer am 27. Mai 1997 in einem Londoner Hotel versuchte, die Geldscheine zu veräußern. Die enge Zusammenarbeit der LKA-Ermittler mit den britischen Kriminalisten hatte Früchte getragen. Vor dem Hintergrund der evident gewordenen Fakten konnte der Kidnapper seine öffentlich geäußerte Version, es handle sich bei ihm um einen „personifizierten Justizirrtum“, nun nicht mehr halten. Statt dessen gab er sein Verbrechen zu und sprach in grandioser Selbstüberschätzung von einem „filigranen Werk“.



1. Oktober 1997: Detective Chief Inspector Chris Buckell (links) von der berühmten Scotland-Yard-Einheit "Flying Squad" übergibt dem Landeskriminalamt das verbliebene Oetker-Lösegeld. Unser Foto zeigt den Scotland-Yard-Beamten, Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein und LKA-Präsident Hermann Ziegenaus.

Zu einer Erweiterung der LKA-Zuständigkeiten auf die Bekämpfung des Diebstahls von Kunstgegenständen aus Kirchen und Museen kam es 1978. Die bis dahin beim Polizeipräsidium Oberbayern bestehende Gruppe von Spezialbeamten übernahm die Zuständigkeit für das gesamte Gebiet des Freistaats und wechselte in die Ermittlungsabteilung des Amtes.

Zur sozialwissenschaftlichen Untersuchung der vielschichtigen Kriminalitäts-Ausprägungen stellte das LKA im selben Jahr eine ehemalige Mitarbeiterin des Freiburger Max-Planck-Instituts für Strafrecht ein. In der Folgezeit gelang es der Kriminologin, ein aus Sozialwissenschaftlern und Kriminalbeamten bestehendes Team zusammenzustellen, das als „Kriminologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei (KFG)“ weites Ansehen erreichte.

Die 80-er und 90-er Jahre

Mit den Ermittlungen zum Sprengstoffanschlag auf dem Münchner Oktoberfest am 26. September 1980 erreichte die Tätigkeit der Abteilung „Polizeilicher Staatschutz“ einen tragischen Höhepunkt. Bei dem Anschlag starben 13 Menschen, 211 Wiesnbesucher erlitten zum Teil schwerste Verletzungen. Als Attentäter wurde der 21-jährige Geologie-Student Gundolf Köhler identifiziert, der sich unter den Toten befand. Nach Auffassung der Beamten der Sonderkommission „Theresienwiese“ handelte der Täter aus einem Motivbündel heraus. Dabei dürften sein Sprengstoff-



Fetischismus und der unkontrollierte Hass auf die Umwelt den Ausschlag gegeben haben.

Der Blick auf Existenz und Strukturen der Organisierten Kriminalität (OK) wurde schärfer und mündete in der Gründung eines eigenen LKA-Sachgebiets (später: Dezernats) zur OK-Bekämpfung. 1989 gelang es unter dem Stichwort „Kempton“, einen umfangreichen Ermittlungskomplex zu durchdringen, in dem es um Tötungsdelikte, Drogenhandel und Erpressung ging.

Auch die Rauschgiftsituation stellte sich bedrohlicher dar, als dies noch Jahre vorher abzusehen war. Im August 1989 gelang es LKA-Rauschgiftfahndern an der Schwabinger Ungererstraße, 650 Kilo Kokain zu konfiszieren. Der Fall war nur einer von Dutzenden von Großaufgriffen, die den starken Angebotsdruck auf dem Kokain- und Heroinsektor deutlich machten. Das LKA-Rauschgiftdezernat zählte 1990 –110-Beamtinnen und Beamte. Die Zahl der Fahnder und die Bemühungen zur Drogenprävention wurden weiter verstärkt.

Daneben beherrschte der Betrieb neuer Kommunikationssysteme die gesamte Polizei. Über das „Digitale Sondernetz der Bayerischen Polizei (Dispol)“ informierte das LKA in einer zeitgenössischen Broschüre: „Eine der wichtigsten Komponenten für eine erfolgreiche polizeiliche Tätigkeit ist heutzutage ein leistungsfähiges Informations- und Kommunikationssystem. Durch die Einführung der EDV beim Bayerischen Landeskriminalamt im Jahre 1973 wurde dieser Forderung Rechnung getragen und der Polizei durch dezentrale, landesweite Abfragemöglichkeiten über Datensichtstationen ein technisches Hilfsmittel an die Hand gegeben, das die Effektivität des täglichen Polizeidienstes wesentlich erhöht. Derzeit sind von rund 150 Datensichtstationen (DSS) aus Anfragen im Rahmen des Informationssystems der Polizei (INPOL) beim Rechenzentrum des Bayerischen Landeskriminalamtes möglich. Durch die hohe Datenübertragungsgeschwindigkeit von 2.400 bit/sec. - das sind 18.000 Zeichen/min. - und die schnelle Bearbeitung im Rechner werden die Anfragen im einstelligen Sekundenbereich beantwortet. Schwerpunktmäßig befinden sich die DSS in den Einsatzzentralen der Polizeidirektionen und an den wichtigsten Grenzübergängen. ...“ Zum Thema Sachfahndung führte das Informationsheft aus: „Im INPOL-System waren Ende 1983 die Daten von über 2,3 Millionen in der Bundesrepublik (aus Bayern über 225.000) abhanden gekommener und nach Individual-Nummern erfasste Gegenstände registriert. Darunter Daten von gestohlenen gemeldeten Kraftfahrzeugen und Schusswaffen sowie von gestohlenen und auf sonstige Weise abhanden gekommenen Bundespersonalausweisen und Passvordrucken,“ spiegelte die Broschüre die Situation in den 80-er Jahren wider.

Zur Identifizierung aufgezeichneter Täterstimmen errichtete das LKA 1989 ein Phonetiklabor. Unter Leitung einer promovierten Sprachwissenschaftlerin, die eine Zusatzausbildung beim Bundeskriminalamt absolviert hatte, bekam die mit viel Technik ausgestattete Organisationseinheit den Status eines Sachgebiets innerhalb der Abteilung Kriminaltechnik. Damit schloss das Amt an frühere Bemühungen an, elektronische Rechner zur Erkennung von Sprechern heranzuziehen. Die durch die „auditive Methode“ der Sprachwissenschaftler verfeinerte Vergleichsarbeit lässt Aussagen über Identität oder Nicht-Identität eines Sprechers mit hohen Wahrscheinlichkeitswerten zu.



Britische Wissenschaftler waren es, die in den 80-er Jahren die für die Kriminalistik bedeutsamen Möglichkeiten um eine weitere bereicherten: Die Untersuchung der Desoxyribonukleinsäure (englisch: Desoxyribonucleicacid), meist als DNA-Analyse oder salopp „Genetischer Fingerabdruck“ bezeichnet. Im LKA-Sachgebiet Serologie/Medizin begannen Fachleute, sich des Themas anzunehmen. Die Identifizierung von Spurenverursachern auf Grund minimalsten Materials sollte in der Folge größte Bedeutung erlangen. Für die Untersuchungen kommen alle kernhaltigen Zellstrukturen des menschlichen Körpers in Betracht: Blut, Speichel, Sperma, Gewebe und Haarwurzeln.

Im Juni 1994 veröffentlichte das Amt einen herausragenden Aufklärungserfolg. Nach einjähriger Arbeit der Beamten der Ermittlungsgruppe „Mozart“ gelang es, Finanzströme eines beträchtlichen Teils des Heroinhandels zu durchleuchten. „Innerhalb eines Jahres lieferten die Kriminalisten Basisinformationen, die zur Folge hatten, dass international mehr als 400 Kilo Heroin aus dem Verkehr gezogen wurden. Weiter gelang es, den Weg von 50 Millionen Mark offensichtlicher Drogengelder zu rekonstruieren, die über Wechselstuben in München und Istanbul an Rauschgifthändler in der Türkei flossen,“ berichtete die LKA-Pressestelle.

Die Sicherstellung von 363 Gramm Plutonium am 10. August auf dem Münchner Flughafen und die Festnahme von drei Anbietern des radioaktiven Materials sorgte 1994 für Schlagzeilen. Während die Operation zunächst als gelungener Akt der Gefahrenabwehr gewertet wurde, geriet der Fall neun Monate später zum innenpolitischen Zankapfel, indem Bundesnachrichtendienst (BND) und Bayerischem Landeskriminalamt der Vorwurf gemacht wurde, die Angelegenheit „proviziert“ zu haben. „Deutsche Polizeibehörden und Geheimdienste sind das Problem des Nuklearschmuggels energisch angegangen, doch leider hat die kluge Initiative eine kontraproduktive Antwort in den Medien und im Bundestag hervorgerufen,“ formulierten die Autoren einer Analyse des Instituts für Wissenschaft und Internationale Angelegenheiten der renommierten Harvard-Universität. Wegen der illegalen Einfuhr des Plutoniums wurden die Festgenommenen (zwei Spanier und ein Kolumbianer) zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Erotische Darstellungen waren überwiegend Kennzeichen jener 28 Armband- und Taschenuhren, die zunächst unbekannte Einbrecher in der Nacht zum 20. November 1994 aus dem Deutschen Museum gestohlen hatten. Der Wert der Stücke wurde auf über fünf Millionen Mark geschätzt. Bis auf zwei Uhren stellten LKA-Kunstfahnder knapp vier Jahre später die Diebesbeute sicher. Die Nachforschungen wegen Verdachts des Bandendiebstahls und der Hehlerei richteten sich gegen vier Männer. Als Haupttäter nahmen die Beamten einen einschlägig bekannten 33-jährigen Griechen fest. Der Pressebericht des Amtes führte aus: „In einer von LKA und Staatsanwaltschaft München I vorbereiteten, getarnten Operation gelang es den Fahndern, einen ‚Kaufinteressenten‘ an die Anbieterseite heranzuspielen. Als die Übergabe am Mittag des 20. August 1998 auf einem Großparkplatz im Münchner Norden vor sich ging, lagen die Beamten – unterstützt vom Spezialeinsatzkommando (SEK) – bereits auf der Lauer. Misstrauisch und hoch konspirativ zeigte sich auch die Gegenseite, die die Aktion von einem 41-Jährigen auf einem Motorrad überwachen ließ. Dennoch klickten kurze Zeit später die Handschellen.“ Der polizeiliche Erfahrungswert, wonach gerade in der Beuteverwertung ein Ansatz zur Täterermittlung liegt, bestätigte sich.



Ein wenig Stolz schwang mit, als das Dezernat „Daktyloskopischer Erkennungsdienst“ im Juli 1995 eine kleine „AFIS“-Bilanz vorlegte. Das Kürzel steht für „Automatisiertes Fingerabdruck-Identifizierungs-System“ und kennzeichnet, was vor Jahrzehnten noch als Utopie galt. „AFIS kann zum Beispiel eine Fingerspur von einem Banküberfall einlesen, digitalisieren und mit dem Gesamtbestand aller Fingerabdrücke von erkennungsdienstlich behandelten Personen anonym vergleichen. Besteht weitgehende Übereinstimmung zwischen Spur und ‚angebotenen‘ Fingerabdruck, erfolgt der Feinvergleich mit der Lupe. Erst dann wird über die Identität eine endgültige Aussage getroffen,“ hieß es im zeitgenössischen Text der LKA-Pressestelle. Was vorher 18 Jahre mit einem halbautomatischen System dauerte, konnte dank AFIS in 18 Monaten erreicht werden: Die Zahl von eintausend Identifizierungen.

Mit dem 31. März 1998 endete die Zeit der Bayerischen Grenzpolizei. Der Wegfall der ständigen Grenzkontrollen im Gebiet der Europäischen Union, dem so genannten „Schengenland“, brachte mit sich, dass für den einzigartigen Polizeiverband die Existenzgrundlage entfiel. Für die zuletzt rund 1.200 Angehörigen der weißblauen Spezialtruppe bedeutete dies den Wechsel zur Landespolizei. Als hoch effizientes Fahndungsorgan hatte sich die Grenzpolizei mit eindrucksvollen Festnahme- und Sicherstellungszahlen national und international einen Namen gemacht. Das Bayerische Staatsministerium des Innern führte aus: „Ein großer Teil der Beamten wird bei der seit Ende 1994 in Bayern rechtlich verankerten Schleierfahndung tätig. Diese werden vor allem die neu installierten Fahndungsinspektionen in Form schwerpunktmäßiger mobiler Kontrollen in einem Bereich von 30 Kilometern entlang der Staatsgrenze zu Österreich vornehmen. ... An der Grenze zur Tschechischen Republik wird die Struktur der Grenzpolizei unverändert bleiben; deren Dienststellen werden jedoch dem Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz nachgeordnet.“ Eine Rechtsnachfolge sui generis konnte das LKA antreten. Im neu geschaffenen Dezernat 54 befassten sich vom 1. April 1998 an die Angehörigen des ehemaligen Grenzpolizeipräsidioms mit der Koordination von Fahndungsaufgaben. Ihren Dienstsitz an der Orleansstraße 34 im Münchner „Franzosenviertel“ behielten die frisch gebackenen LKAler bei.

Eine Reihe spektakulärer Fälle aus der Ermittlungs- und Staatsschutzabteilung lieferte in der Folgezeit Stoff für eine Vielzahl von Medienberichten. Die Eingliederung des ehemaligen Sachgebiets „Computerkriminalität“ in die traditionell naturwissenschaftlich ausgerichtete Abteilung Kriminaltechnik und die Zusammenziehung der alten Fernmeldeabteilung mit der EDV-Organisationseinheit zur Abteilung „Informations- und Kommunikationstechnik“ stellten weitere Stationen in der Entwicklung des LKA dar.



Das Domizil der Abteilung Kriminaltechnik im Jahr 2001.

Die Kriminaltechnik zählte im Jahr 2000 zehn Sachgebiete, nämlich Chemie, Physik, Serologie/Medizin, Mikrospuren/Biologie, Handschriften, Urkunden/Papier, Waffentechnik, Formspuren, Phonetik und – als jüngste Erwerbung – „Untersuchung von EDV-Beweismitteln“ (früher: „Computerkriminalität“). Im Oktober 2000 begann der vorerst letzte Umzug dieser traditionsreichen Abteilung in den dreieckig geformten, sechsgeschossigen „Bauteil E“ Ecke Mars- / (ehemalige) Baudrexelstraße an der Nordostseite des LKA-Areals. Hier endet zunächst der Bericht über die Entwicklung des Bayerischen Landeskriminalamtes. Die Schwelle zur Gegenwart scheint erreicht und die chronologische Betrachtung braucht Distanz. Fritz Dillinger